

KANTONSRAT

Herzlichen Dank!

von Konrad Langhart, Kantonsrat Die Mitte, Stammheim
24. Oktober 2023



Naheliegenderweise standen an der gestrigen Kantonsratssitzung weniger die traktandierten Geschäfte im Zentrum des Interesses, sondern die nationalen Parlamentswahlen vom Sonntag. Und somit nutze ich die Gelegenheit, meinen Wählerinnen und Wählern recht herzlich zu danken für das tolle Resultat, das ich einmal mehr im Weinland erzielen durfte. Leider hat es trotzdem nicht ganz gereicht, die «Hausmacht» im bevölkerungsarmen Bezirk Andelfingen ist einfach zu klein, um gegen die Konkurrenz aus anderen Kantonsteilen zu bestehen. Da erging es allen anderen Kandidaten aus dem Bezirk ähnlich.

Immerhin durfte ich wesentlich dazu beitragen, dass die Mitte zwei zusätzliche Sitze holen konnte. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger wollen Lösungen statt Ideologie und Polemik in der Politik. Im Weinland hatten wir mit Abstand den grössten Wählerzuwachs aller Bezirke. Das freut mich sehr. Für mich persönlich war das aber der letzte Wahlkampf, und ich freue mich jetzt schon auf die zusätzliche Zeit, die ich in berufliche Projekte und das Private-ben investieren darf. Es gibt also keine Plakate mehr von mir am Strassenrand – das Weinland wird es wohl verkraften. Die Arbeit im Kantonsrat werde ich aber noch einige Zeit weiterführen.

Doch noch zu den Ratsgeschäften. Eine Interpellation der FDP forderte, dass das bäuerliche Bodenrecht für Bodengeschäfte der öffentlichen Hand gelockert werden soll. Das ist natürlich Unsinn. Das bäuerliche Bodenrecht sollte im Gegenteil eher restriktiver vollzogen werden. Es sollte sicherstellen, dass Boden in der Landwirtschaftszone von selbstbewirtschaftenden Bauern zu vernünftigen Preisen erworben werden kann und nicht zum Spekulationsobjekt verkommt.

Ein Grossteil des Morgens war einer weiteren Diskussion über Sinn und Unsinn der Windkraft im Kanton Zürich gewidmet. Wie so oft liegt der vernünftige Umgang wahrscheinlich in der Mitte. Das heisst, man soll die Windkraft nicht verbieten, wie das von rechts gefordert wird. Man kann mit ihr aber auch nicht alle Energieprobleme lösen, wie das die Linken offenbar glauben. Wo es gute Projekte gibt, sollen sie – mit Zustimmung der betroffenen Bevölkerung – auch bewilligt werden. Die Regierung plant in diesem Sinne weiter.